



Antrag

der Abgeordneten **Maximilian Böttl, Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzingler, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Offensive für den Finanzplatz München und die Finanzwirtschaft in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für die Verbesserung der Rahmenbedingungen am Finanzplatz München einzusetzen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, in den zuständigen Ausschüssen zu den derzeit laufenden Aktivitäten zur Neuaufstellung der Finanzplatz München Initiative sowie zu geplanten Maßnahmen, die das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in diesem Zusammenhang plant, zu berichten.

Begründung:

Der Finanzplatz München ist Deutschlands führendes Versicherungszentrum, die Heimat starker Banken, ein wichtiger Börsenplatz sowie Europas Hotspot für Private Equity, Venture Capital, Family Offices, Vermögensverwaltungen und Leasingunternehmen. Der Finanzsektor ist einer der führenden Wachstumstreiber und Arbeitgeber in Bayern. Zugleich steht die Branche im internationalen Kontext durch die dreisäulige Struktur, durch Übernahmen und Zusammenschlüsse von Finanzinstituten und den Markteintritt neuer Unternehmen vor besonderen Herausforderungen, die weiterhin eng politisch begleitet werden sollten, um die vorhandenen Chancen für eine der Leistungsbranchen Bayerns aktiv zu nutzen und sich auch gemeinsam in deutschen und europäischen Gesetzgebungsverfahren zu positionieren.

Im Zusammenhang mit dem Bericht der Staatsregierung könnten unter anderem folgende Überlegungen in die strategische Diskussion einfließen:

- Wissenschafts- und Ausbildungscluster in Bezug auf Banken, Versicherer, Fintechs stärken
- Bayern als Vorreiter für Wissensaufbau bzgl. Versicherungen, Altersvorsorge und Kapitalmärkte in Schulen und Erwachsenenbildung

-
- München als führender Hotspot für Fintechs, Neobanken, Neobroker und digitale Währungen sowie weiterer Ausbau der Aktivitäten des InsurTech Hub Munich
 - Etablierung von Regulatory Sandboxes als zeitlich und räumlich begrenzte Testfelder für Innovationen der Finanzbranche – unter Beteiligung der Aufsichtsbehörden
 - Voranbringen von staatlich geförderten Altersvorsorgedepots und ggf. Integration landesgesetzlicher Leistungen
 - Bürokratieabbau für die europa- und bundesrechtliche Regulierung in der Finanzbranche, u. a. mehr Proportionalität bzgl. kleiner/mittlerer Banken
 - Aktionseinheit von Staatsregierung und Finanzbranche für die Mittelstands- und Wachstumsfinanzierung, auch unter Beteiligung von Landesbank und LfA
 - Politische Einbindung der Akteure am Finanzplatz als Thinktank, z. B. für Risikokapital, Demografie, Digitalisierung und Klimaschutz
 - Standortmarketing für die über die Landeshauptstadt hinaus bestehenden Mehrwerte Münchens